

MAINPOST WÜRZBURG, 31.03.2012

ALLEIN IN BAYERN SCHLIESSEN 275 SCHLECKER - FILIALEN

Würzburg „Bei mir geht permanent das Telefon, es ist die Hölle da draußen“, sagt ver.di-Bezirkssekretär Peter König (Würzburg) zum Aus für die Schlecker-Transfergesellschaft am Donnerstag. „Gerade hatte ich eine Alleinerziehende am Telefon, die völlig verzweifelt war und sich fragt, wie sie künftig Miete und Lebensunterhalt bestreiten soll.“ König ist mitgenommen und erschüttert, „dass eine Splitterpartei dieses schlimme Ergebnis erzwingen konnte.“

Allein in Bayern machen 275 Filialen zu, 1300 Frauen wird bzw. wurde gekündigt. König zählt Gründe auf, warum es nicht anders als von der FDP behauptet eben nicht egal ist, wer sich um die Vermittlung der über 10 000 Frauen kümmert, die bundesweit ihren Job verloren haben. „Bei der Transfergesellschaft käme ein Berater auf 50 Frauen, beim Arbeitsamt sind es 350.“ Und bei der Transfergesellschaft hätten Frauen nicht in Zeitarbeitsfirmen gezwungen werden können oder in tariffreie Betriebe.

„Wird jetzt ein Job angeboten und nicht angenommen – egal wie die Bedingungen sind – droht sofort eine Sperre des Arbeitslosengelds.“

Auch bei Rechtsanwalt Bernd Spengler (Würzburg), der seit Jahren im Auftrag der Betriebsräte die Belegschaft vertritt, gibt es dramatische Anfragen.

„Ich bin erschüttert, dass sich Horst Seehofer von einer Zwei-Prozent-Partei vorführen lässt. Der bayerische Löwe kuscht vor der Quietschente“, ätzt Spengler.

Gerade mit Blick auf die Osterferien ist ihm ein Hinweis wichtig: Bei Mitarbeiterinnen, die ihre Kündigung überprüfen lassen wollen, sei Eile geboten. „Drei Wochen nach Erhalt des Schreibens muss die Klage bei Gericht eingereicht sein, sonst ist alles vorbei“, so der Fachanwalt für Arbeitsrecht. In der Kürze der Zeit seien bei der Sozialauswahl vermutlich Fehler passiert, könnten Faktoren wie zum Beispiel Schwerbehinderung, Schwangerschaft, Elternzeit, Pflegezeit oder Kinderfreibeträge falsch oder gar nicht berücksichtigt worden sein. „Jede Gekündigte hat das Recht, ihren Fall überprüfen zu lassen. Wir werden nur Klagen empfehlen, wenn entsprechende Ansatzpunkte vorhanden sind.“

Wo Betroffene gewerkschaftlich organisiert sind oder Rechtsschutz haben, ist die Überprüfung der Kündigung abgedeckt. Für alle Anderen gilt: Wer kein Geld für anwaltliche Beratung hat, kann mit Kündigung und Verdienstnachweis bei Gericht einen Beratungshilfeschein erhalten. Von einer Klagewelle will Bernd Spengler aber vorerst nicht reden. „Erst die Überprüfungen werden zeigen, wie gut der Insolvenzverwalter seine Hausaufgaben gemacht hat.“

Im Schlecker-Bezirk Bad Neustadt wurden aktuell 23 Kündigungen ausgesprochen, bedauert Betriebsratschefin Marion Semler, die auch im Gesamtbetriebsrat tätig ist. „Die Auffanggesellschaft hätte den Frauen sechs Monate 80 Prozent ihres Einkommens gesichert, jetzt sind es nur 60“, so Semler, die zu den Jobaussichten anmerkt: „Im Einzelhandel werden leider überwiegend nur 400-Euro-Jobs angeboten.“

MAINPOST WÜRZBURG, 31.03.2012

Alleinerziehenden reiche dies bei weitem nicht, zumal durch die hohen Benzinpreise längere Anfahrten nicht zu verkraften seien. „Wir reden von Stundenlöhnen von 6,50 oder sieben Euro. Und wer Vollzeit arbeitet, für den sind laut den Bestimmungen täglich eineinhalb Stunden Anfahrt hin- und eineinhalb Stunden zurück zumutbar, bei Teilzeit je eine Stunde. „Auch deshalb ist das Scheitern der Auffanggesellschaft dramatisch“, so Semler.

Fast noch bedeutender: Wer in die Gesellschaft gewechselt wäre, hätte auf sein Klagerecht gegen die Kündigung verzichten müssen. „Deshalb wollte Insolvenzverwalter Geiwitz diese Lösung ja unbedingt“, erläutert Bernd Spengler. Dass dieser jetzt die Gekündigten auffordert, auf Klagen zu verzichten, um mögliche Schlecker-Investoren nicht zu vergraulen, findet Spengler unverfroren. „Es geht um Frauen, denen gerade alles wegbricht. Sie brauchen Hilfe, nicht Druck aus taktischen Erwägungen“.

Eine Nuance anders sieht Marion Semler die Sache. Sie hofft, dass es nicht zu einer Klagewelle kommt, damit bald ein Käufer für Schlecker und die mitbetroffene Kette „Ihr Platz“ gefunden werden kann: Das würde sich laut Semler deutlich erschweren, wenn 5000 oder gar mehr Frauen vor Gericht ziehen. „Aber natürlich werden wir zu keiner Gekündigten sagen, dass sie ihr Recht auf eine Klage nicht wahrnehmen soll .

MAINPOST 16.03.2012

SCHLECKER: INFO FÜR BESCHÄFTIGTE

GEWERKSCHAFT VERDI ORGANISIERT INFOVERANSTALTUNG
SEKRETÄR PETER KÖNIG UND RECHTSANWÄLTE SPENGLER UND HAIGIS
KLÄREN DIE BESCHÄFTIGTEN AUF



MAINPOST WÜRZBURG, 01.03.2012

SCHLECKER-BESCHÄFTIGTE BANGEN

GEWERKSCHAFT KRITISIERT: SANIERUNGSKONZEPT IST NUR AUF
KOSTENSENKUNG ANGELEGT



Es gibt Gesprächsbedarf. Viel Gesprächsbedarf einen Tag nach der Ankündigung von Schlecker-Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz, dass bis Ende März knapp 12 000 Mitarbeiter ihre Jobs verlieren und 2400 Filialen geschlossen werden sollen. Für die Sanierung der Drogeriekette sei dies unumgänglich. „Natürlich müssen wir noch mit Arbeitnehmern, Vermietern und Lieferanten verhandeln“, gab Geiwitz am Donnerstag im ARD-Morgenmagazin den Optimisten.

Welche Filialen geschlossen werden, wer arbeitslos wird und wer nicht – die Auskunft blieb Geiwitz indes schuldig. „Schwierig“ nennt Bezirksleiter René Lange die Situation. Er ist für 250 Filialen und rund 1000 Mitarbeiter von Miltenberg über Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe bis in den Schwarzwald zuständig. Der Fahrplan für Filialschließungen, Sozialauswahl, Kündigungen sei ambitioniert – nächste, spätestens übernächste Woche werde die Katze aus dem Sack gelassen.

Bangen, hoffen – das zehrt an den Neven.

immer für „ihren“ Markt engagieren, seien „sehr diszipliniert“, erkennt Vertriebsleiterin Agnes Kalb-Seng an, die für den Bezirk Frankfurt mit 278 Verkaufsstellen und 1250 Mitarbeiterinnen zuständig ist. Dazu gehören auch die Bereiche Aschaffenburg, Schweinfurt sowie die Rhön – einst waren es 450 Filialen. „Das Gros der Schließungen haben wir hinter uns. Es wird uns jetzt kaum noch treffen“, hofft die Bezirksleiterin, die ihre eigene Chance fifty-fifty nennt. Bei 50 Prozent Schließungen werde es Jobverluste von der Direktion bis zur Verkäuferin geben, ist sie sicher.

Nichts sagen will die Würzburger Bezirksleiterin Marion Knösel, die am Dienstag in Randersacker zur Betriebsversammlung mit über 40 Beschäftigten unter Regie von Betriebsrätin Eva Windisch gekommen war. Es habe Aufruhr geherrscht, berichtet [Fachanwalt Bernd Spengler \(Würzburg\)](#), der die Beschäftigten vertritt.

MAINPOST WÜRZBURG, 01.03.2012

Ein regulärer Sozialplan mit den vorgeschriebenen Anhörungen vor Kündigungen sei bis Ende März nicht durchführbar. Sollten folglich die Spielregeln betriebsbedingter Kündigungen verletzt werden, sei eine Klagewelle möglich. Ungeschoren käme wohl kein Bereich davon, befürchtet auch Marion Knösel. „Wer das glaubt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.“ Dazu passte, dass in Randersacker Vertreter der Arbeitsagentur den Beschäftigten das Procedere für den „Fall des Falles“ erläuterten. „Dass es so schlimm kommt, hat alle überrascht“, zeigte sich ver.di-Bezirkssekretär Peter König (Würzburg) auf Anfrage entsetzt. „Phantasielos“ sei das Sanierungskonzept, nur auf Kostensenkung angelegt. „Dabei hat das Schlecker-Prinzip der Nahversorgung seine Qualitäten.“

Auch deshalb sollen Kommunalpolitiker wie Landräte, Bürgermeister und Gemeinderäte sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete der Region dafür gewonnen werden, sich bei der Staatsregierung für Hilfen zum Erhalt der ländlichen Versorgung einzusetzen. Zumal der massive Personalabbau Unterfranken und die angrenzenden Bereiche härter treffen würde als Metropolregionen.

Laut ver.di und [Anwalt Spengler](#) müsse auch geprüft werden, ob und wie weit Teile der Schlecker-Filialen eventuell als mitarbeiterbeteiligtes oder genossenschaftliches Modell fortgeführt werden können. Statt Geld für Arbeitslosigkeit aufzuwenden, sei es viel sinnvoller, Mitarbeiterinnen beim Weg in die Selbstständigkeit staatlich zu fördern.

[Spengler](#) glaubt an die Schleckerläden im Odenwald, der Rhön oder dem Taubertal, „weil eine höhere Kundenbindung besteht“. Zu befürchten sei jedoch, dass die Überlegungen des Insolvenzverwalters die Chancen des Unternehmens gerade im ländlichen Raum nicht hinreichend berücksichtigen – auch wegen der Eile bei der Konzeptsuche.

Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze
Noch hat Schlecker bundesweit 5400 Märkte mit rund 25 500 Mitarbeitern, laut Sanierungskonzept sollen es bis Ende des Monats nur noch 3000 Filialen mit rund 13 500 Mitarbeitern sein. Für die Kette „Ihr Platz“ (670 Märkte/5350 Mitarbeiter) wird ein eigenes Konzept erarbeitet.

Rund 80 Prozent der Schlecker-Mitarbeiter sind bei ver.di organisiert. Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, sind sie aufgerufen, in Nürnberg eine Menschenkette als Zeichen des Protests gegen die Sanierungspläne zu bilden. Rund 150 Betriebsrätinnen von Schlecker-Bayern treffen sich um 11.30 Uhr am Karl-Böger-Haus. Zwei Tage später ist eine Kundgebung in Mellrichstadt geplant. „Der Schlecker muss bleiben“, lautet das Motto der Aktion, die um 12 Uhr auf dem Marktplatz beginnt. Am Donnerstag, 15. März, werden Beschäftigte bundesweit an vielen Standorten protestieren. Eine große unterfränkische Kundgebung ist in Schweinfurt angesetzt, eine weitere in Würzburg geplant.

MAINPOST WÜRZBURG, 25.02.2012

SCHLECKER STEUERT IN DIE PLEITE

Angst um Schlecker-Arbeitsplätze

Während der Investorensuche werden weiter Filialen auf dem Land geschlossen

Von unserem Redaktionsmitglied
NORBERT HOHLER

WÜRZBURG Vereinbarungen mit den Gläubigern treffen, frisches Geld auftreiben, eine Vision fürs Überleben entwickeln – seit Ende Januar arbeitet Insolvenzverwalter Arndt Gleiwitz am Sanierungsplan für den Schlecker-Konzern. Bis Ende März ist Vollzug nötig – noch allerdings fehlt der Investor, auf den tausende Schlecker-Beschäftigte hoffen.

Abzusehen ist: Noch viele unrentable Filialen werden auf der finalen Streichliste stehen, Jobabbau inklusive. „Die Angst um die Arbeit war seit 2005 immer da“, sagt Ursula Bieber, die im Gesamtbetriebsrat (GBR) des Konzerns den Bezirk Hammelburg vertritt. Noch vor drei Jahren war sie für 36 Filialen mit 180 Beschäftigten

zuständig, jetzt sind es noch zwölf mit rund 75 Mitarbeiterinnen. „Dabei geht es fast immer um Existenzfragen“, sagt sie. Alleinerziehende Mütter, Familien mit schlecht bezahlten oder gar arbeitslosen Vätern, Alleinstehende – sie alle leben seit langem zwischen Hoffen und Bangen.

Das Filialsterben geht unterdessen ungebremst weiter: Vor fünf Wochen gab es im 45-Kilometer-Umkreis von Würzburg noch 79 Filialen, gestern waren es laut schlecker.com noch 71. Manche Frauen geben von selber auf, andere müssen in Behandlung, teils sogar mit Burnout, wieder andere arbeiten bis zum Umfallen. „Für Viele ist ihre Filiale weit mehr als ein Job“, so Bieber, die auch auf ältere, kaum mobile Kundschaft verweist: „Für sie ist bei uns oft der einzige soziale Kontakt, wo es die Schachtel Praline, das

Deospray oder die Haftcreme fürs Gebiss fußläufig zu kaufen gibt.“

Deshalb ist die Hoffnung auf staatliche Unterstützung jetzt ein Strohhalm des Gesamtbetriebsrats. „Schlecker-Filialen sind für die Grundversorgung auf dem Land unverzichtbar“, findet Anwältin Elke Lill, die das Gremium berät. Jetzt soll versucht werden, den Europäischen Sozialfonds anzuzapfen und Förderpöfpe der Länder. Wirtschaftsminister Nils Schmidt (SPD) aus Baden-Württemberg hält Landesbürgschaften für möglich, „sobald ein tragfähiges Investoren-Konzept vorliegt.“

Daran hapert es aber noch, wie bei einem Treffen in Frankfurt zwischen Insolvenzverwaltung und dem Insolvenzausschuss des Gesamtbetriebsrats klar wurde: Denn handfeste Zahlen zu Filialschließungen und Perso-

nalabbau gab es nicht. Die GBR-Vertreterinnen aus Franken und ihr Anwalt Bernd Spengler fordern für die Zukunft – egal unter welchem Label – eine Mehrfachbesetzung aller Filialen, vernünftige Zuschnitte der Bezirke mit einer transparenten Personalplanung, zudem Investitionen in die Läden und Tarifverträge.

„Wir hoffen inständig auf eine Zukunft für Schlecker“, sagt Marion Semmler (Bad Neustadt). „Wir wollen aktiv um jeden Kunden werben, denn es geht jetzt um uns Beschäftigte, um jeden Arbeitsplatz.“ Für all jene, die ihre Jobs verlieren, schwant der Betriebsrätin nichts Gutes: Der alte Tarif-Sozialplan, theoretisch noch bis 30. Juni gültig, dürfte kaum Bestand haben. „Und nach der Insolvenzordnung gibt es gerade mal zweieinhalb Monatsgehälter Abfindung.“

Standpunkt

Beschäftigte brauchen Unterstützung

Von **NORBERT HOHLER**
norbert.hohler@mainpost.de

Für die Schlecker-Beschäftigten ist es fünf vor zwölf: Wenn bis Ende März kein Investor gefunden wird, sind tausende Jobs so gut wie weg. Aber selbst wenn es eine Zukunft gibt, werden noch viele Frauen ihre Existenz verlieren – oft ausgerechnet jene, die über Jahre und Jahrzehnte



größten Einsatz gebracht haben. Die mitunter sogar in Filialen als Einzelkämpferinnen Regale befüllt, kassiert und geputzt haben. Es ist müßig, länger über Anton Schleckers Gebaren zu lamentieren: Die Pleite seines Konzerns ist Quittung für Selbstherrlichkeit und Ignoranz. Aber die leidgeprüften Beschäftigten brauchen Unterstützung: Durch Einkäufe, Aktionen, Aufmunterung – oder sogar Jobangebote. Verdient hätten es die Frauen allemal!

Schlecker in der Region

Über die Zahl der Filialen existiert kein verlässliches Zahlenwerk. Laut schlecker.com gibts in Unterfranken ca 120 Filialen, ergibt rund 700 Beschäftigte. Das Filialsterben hält unvermindert an: 2011 gab es im Firmenbezirk Würzburg 26 Filialen mit 134 Beschäftigten, jetzt sind es noch 18 mit 110 Beschäftigten. Im Bereich Hammelburg sank die Zahl der Filialen von 36 (2009) auf jetzt 12, die Zahl der Beschäftigten von 160 bis 180 auf jetzt 75. Im Bezirk Bad Neustadt gibt es jetzt noch neun Filialen mit 55 Beschäftigten, 2009 waren es 26 mit über

90 Mitarbeitern. Im Bereich Miltenberg sank die Zahl der Filialen von 28 im letzten Jahr auf aktuell 16, die Zahl der Beschäftigten von 110 auf 74. In betriebsratsfreie Bereiche wie etwa Ochsenfurt fehlen Zahlen, ebenso für die XL-Läden oder Ihr-Platz-Filialen. Geschlossen wird das Logistik-Lager in Kürnach (Lkr. Würzburg) – nach bisheriger Planung im September. Dort geht es um weitere 129 Jobs.

ONLINE-TIPP

Die Forderungen des Betriebsrats:
www.mainpost.de/zeitgeschehen